

Dezember 2019

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Neues SPD-Führungsduo: jeder zweite SPD-Anhänger erwartet positive Impulse	2
Sonntagsfrage: leichte Einbußen für die Koalitionsparteien	3
Mehrheit auch der SPD-Anhänger für Fortführung von Schwarz-Rot.....	5
Unzufriedenheit mit schwarz-rotem Regierungshandeln	7
Schlechte Noten für Asyl- und Flüchtlingspolitik, Renten- und Sozialpolitik, Gesundheits- sowie Digitalpolitik, massive Zweifel an Klima- und Wohnungspolitik.....	8
Politikerzufriedenheit: kein Bundespolitiker überzeugt eine Mehrheit.....	10
70 Jahre NATO: keine Zweifel an Existenzberechtigung	11
Zwei-Prozent-Ziel der NATO bleibt umstritten.....	12
Studieninformation.....	13

Zusammenfassung

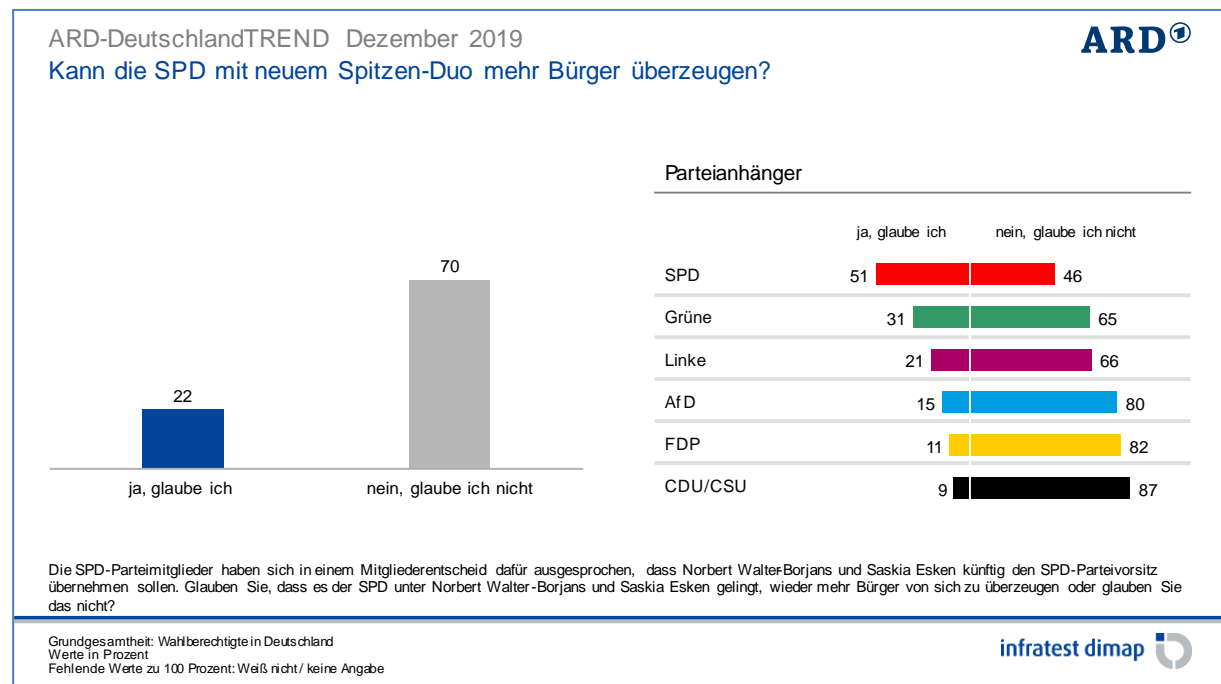
Den Ausgang des SPD-Mitgliederentscheides über die künftige Besetzung des Parteivorsitzes bewertet die Mehrheit der Bundesbürger nicht als Aufbruch: Sieben von zehn bezweifeln, dass es der SPD mit ihrem neuen Führungsduo gelingen wird, wieder mehr Bürger zu überzeugen. Die SPD-Anhänger sind optimistischer. Die Hälfte von ihnen erwartet von der Personalentscheidung positive Impulse für die eigene Partei. Kurzfristig profitiert die SPD nicht. In der aktuellen Stimmung käme sie auf 13 Prozent (-1). Allerdings büßt auch die CDU/CSU ein, sie käme auf 25 Prozent (-1). Die Partei der Grünen verbessert sich leicht (23 Prozent; +1), ebenso die AfD (15 Prozent; +1). Während die FDP zulegt (9 Prozent; +1), geht die Unterstützung für die Linke etwas zurück (8 Prozent; -1).

Der Sieg des Groko-skeptischen Kandidatenpaares im SPD-Mitgliederentscheid stellt die Stabilität der Berliner Koalition in Frage. Die Haltung der Deutschen ist allerdings eindeutig: Zwei Drittel sprechen sich für eine Fortführung des Regierungsbündnisses bis 2021 aus, darunter auch sechs von zehn SPD-Anhängern. Nur gut jeder vierte Bundesbürger betrachtet Neuwahlen als beste Lösung. Ein Grund: Über die Hälfte fürchtet, dass ein Koalitions-Ende die politische Stabilität Deutschlands beeinträchtigen könnte. Von den Leistungen des schwarz-roten Bündnisses sind die Deutschen dagegen weiterhin kaum überzeugt. Acht von zehn werfen den Regierungsparteien vor, sich zu sehr mit sich selbst zu beschäftigen, statt ihre Arbeit zu machen. Lediglich ein knappes Drittel der Bundesbürger äußert sich zufrieden zur Arbeit der Berliner Koalition, zwei Drittel üben weiterhin Kritik. Vergleichsweise wohlwollend bewerten die Deutschen nur die Koalitionsleistungen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarkt- sowie der Familienpolitik, wo jeweils etwa gut die Hälfte zu einem positiven Urteil gelangt. In der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Haushalts- und Finanzpolitik überwiegt die Kritik leicht. Schlechte Noten erhält die Koalition nach wie vor für ihre Asyl- und Flüchtlingspolitik sowie für ihre Renten- und Sozialpolitik. Hier äußern sich jeweils etwa zwei Drittel negativ zur Berliner Regierungsarbeit, ebenso in den Bereichen Gesundheit und Pflege sowie Digitalisierung. Noch größere Kritik zieht Schwarz-Rot mit seiner Klima- und Wohnungspolitik auf sich, mit der drei Viertel der Deutschen unzufrieden sind. Das angeschlagene Erscheinungsbild von Schwarz-Rot geht mit einer mäßigen Bewertung der Koalitionsspitzen einher. Wie im Vormonat erreicht auch im November kein Kabinettsmitglied Zustimmungswerte von 50 Prozent und mehr. Kanzlerin Merkel verliert und wird von 47 Prozent positiv bewertet, ihr schlechtester Wert seit Oktober letzten Jahres. Vizekanzler Olaf Scholz erreicht zwar einen Bestwert. Allerdings überzeugt er mit 47 Prozent ebenfalls nur weniger als die Hälfte der Bundesbürger. Bei den SPD-Anhängern büßt er als Folge der Auseinandersetzung um die Parteispitze sogar deutlich an Unterstützung ein und wird dort schlechter bewertet als in den Unions-Reihen.

70 Jahre nach der Gründung haben die Bundesbürger keine Zweifel an der Existenzberechtigung der NATO. Nur 13 Prozent halten das westliche Militärbündnis für überflüssig. Auch die militärische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten wird von einer Mehrheit nicht in Frage gestellt: Zwei von drei Deutschen vertreten die Ansicht, dass ein Militärbündnis mit den USA im europäischen Interesse ist. Weniger Einigkeit besteht in der Diskussion um eigenständige europäische Verteidigungsstrukturen sowie beim Zwei-Prozent-Ziel der NATO. Vier von zehn Bundesbürgern machen sich dafür stark, ein von der NATO unabhängiges europäisches Militärbündnis aufzubauen. Gut die Hälfte der Deutschen spricht sich dagegen aus. Die schrittweise Anhebung der deutschen Verteidigungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts unterstützen 52 Prozent der Bundesbürger. 43 Prozent lehnen dies ab.

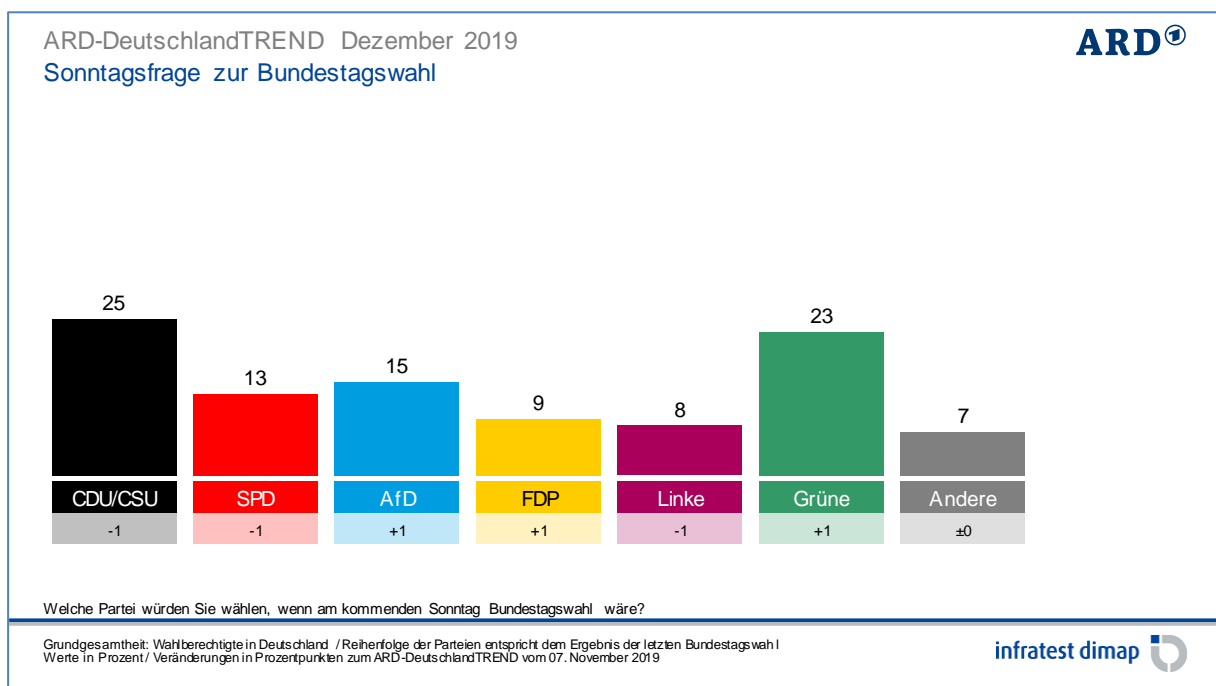
Neues SPD-Führungsduo: jeder zweite SPD-Anhänger erwartet positive Impulse

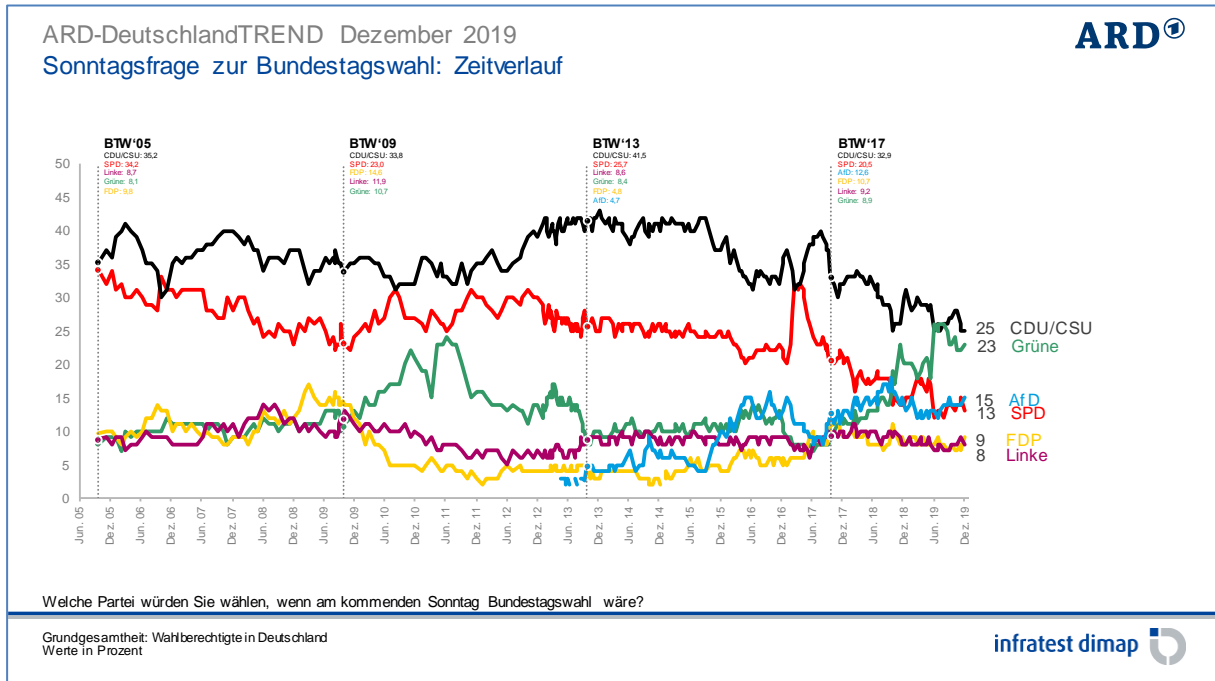
Den Ausgang des SPD-Mitgliederentscheides über die künftige Besetzung des Parteivorsitzes bewertet die Mehrheit der Bundesbürger nicht als Aufbruch: Sieben von zehn (70 Prozent) bezweifeln, dass es den Sozialdemokraten mit dem neuen Führungsduo Esken/Walter-Borjans gelingen wird, wieder mehr Bürger von sich zu überzeugen, 22 Prozent trauen es der SPD zu. Die SPD-Anhänger sind optimistischer. Die Hälfte von ihnen (51 Prozent) erwartet von der Personalentscheidung positive Impulse für die eigene Partei, 46 Prozent ziehen dies allerdings in Zweifel.



Sonntagsfrage: leichte Einbußen für die Koalitionsparteien

Kurzfristig profitieren die Sozialdemokraten nicht von der Personalentscheidung um die Parteispitze. In der aktuellen politischen Stimmung käme die SPD auf 13 Prozent (-1 zu Anfang November). Allerdings büßt auch die CDU/CSU an Unterstützung ein. Sie konnte nicht vom CDU-Bundesparteitag profitieren und käme aktuell auf 25 Prozent (-1). Mit zusammen 38 Prozent wären die Koalitionspartner aktuell bei Bundestagswahlen weiterhin deutlich von einer Mehrheit entfernt. Die Grünen legen leicht zu und hätten 23 Prozent (+1) in Aussicht. Die AfD könnte leicht verbessert mit 15 Prozent (+1) Wähleranteil rechnen. Während die FDP auf 9 Prozent (+1) zulegt, geht die Unterstützung für die Linke auf 8 Prozent (-1) zurück. Die übrigen Parteien kämen auf unverändert 7 Prozent.

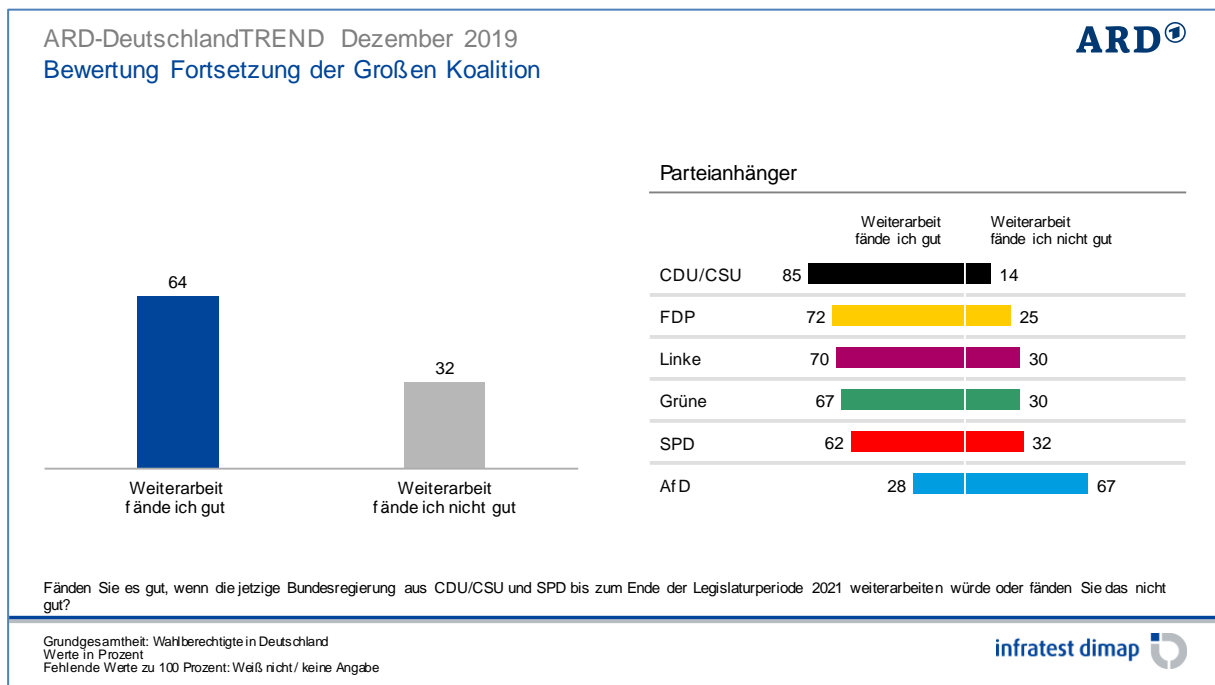




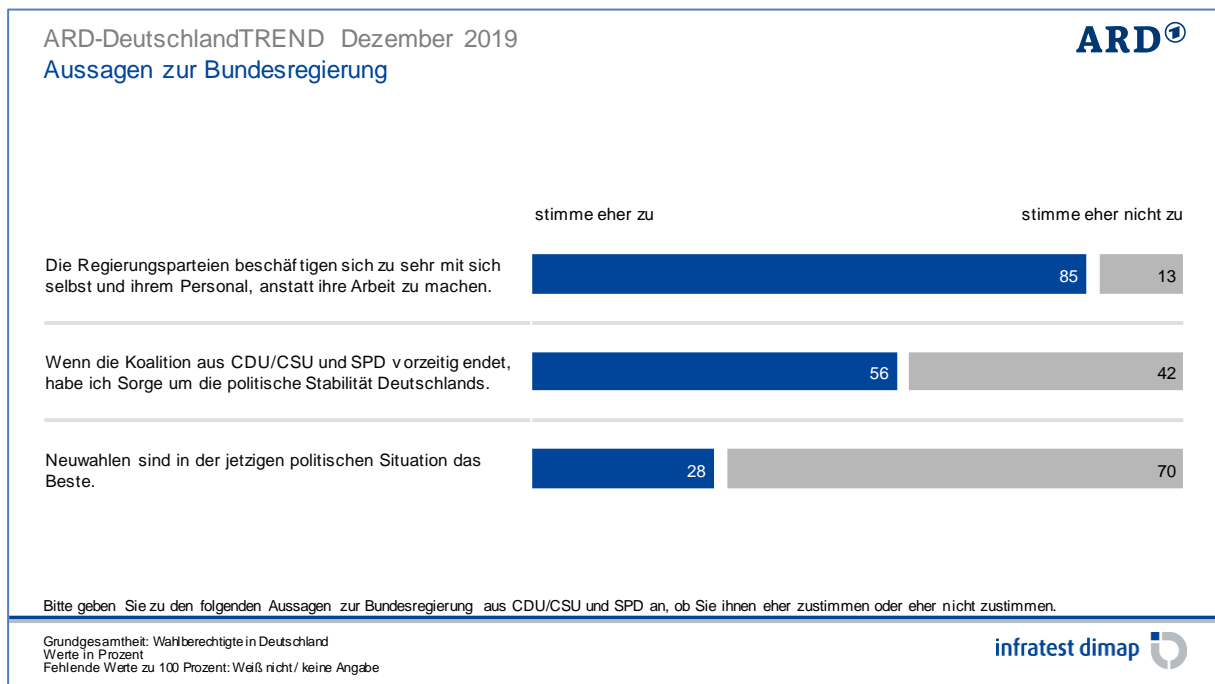
Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Mehrheit auch der SPD-Anhänger für Fortführung von Schwarz-Rot

Der Sieg des Groko-skeptischen Kandidatenpaares im SPD-Mitgliederentscheid stellt die Stabilität der Berliner Koalition in Frage. Die Haltung der Deutschen ist allerdings eindeutig: Zwei Drittel (64 Prozent) sprechen sich nach dem Votum der SPD-Parteibasis für eine Fortführung des Regierungsbündnisses bis zum Ende der Legislaturperiode aus, ein Drittel (32 Prozent) für ein vorzeitiges Ende. Abgesehen von den AfD-Anhängern (28:67 Prozent) überwiegt der Zuspruch für eine Weiterführung von Schwarz-Rot in den Reihen aller Parteien. Unter den SPD-Anhängern unterstützen 62 Prozent einen Verbleib in der unionsgeführten Koalition, nur 32 Prozent plädieren für einen Koalitionsaustrieg.

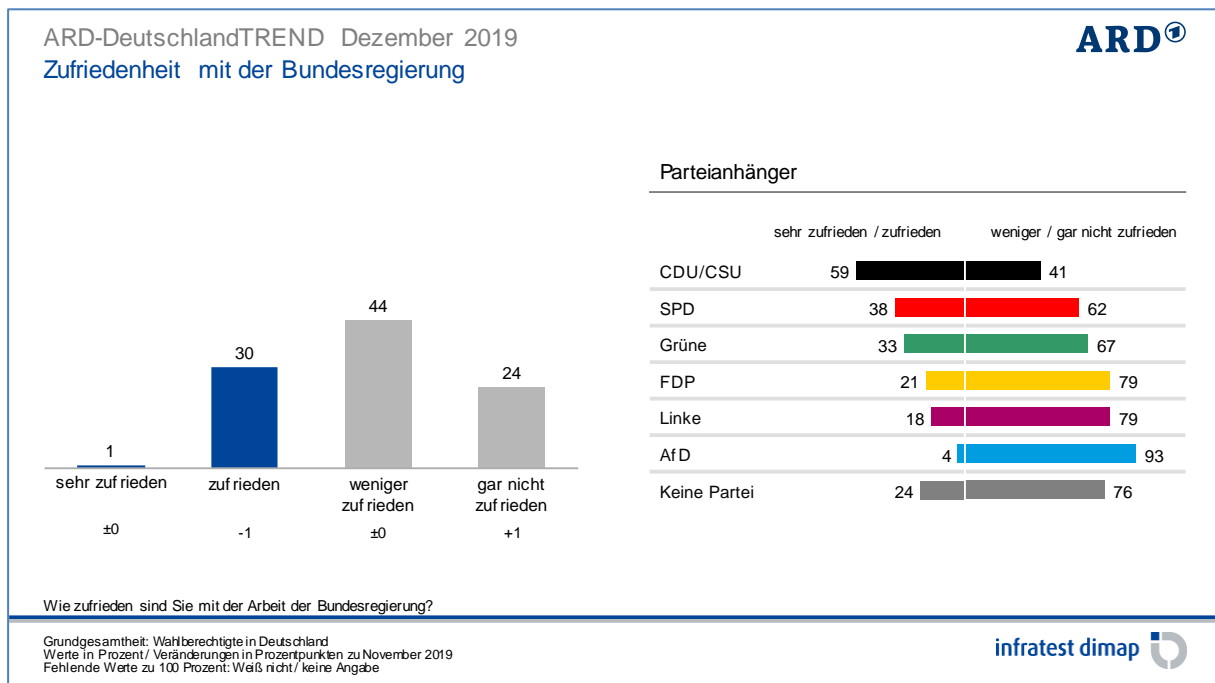


Die Präferenz der Bundesbürger zugunsten einer Fortführung von Schwarz-Rot geht einher mit einer klaren Absage an vorgezogene Neuwahlen. Nur für gut jeden Vierten (28 Prozent) wären Neuwahlen das Beste in der aktuellen Situation, 70 Prozent der Deutschen widersprechen. Ein entscheidender Grund hierfür: Über die Hälfte (56 Prozent) fürchtet, dass ein vorzeitiges Ende der derzeitigen Koalition die politische Stabilität Deutschlands beeinträchtigen könnte. Trotz ihres Plädoyers für eine Fortführung von Schwarz-Rot sind die Deutschen von den Regierungsleistungen des schwarz-roten Bündnisses kaum überzeugt: 85 Prozent werfen den Berliner Regierungsparteien vor, sich zu sehr mit sich selbst zu beschäftigen, statt ihre Arbeit zu machen. Ein Urteil, das auch acht von zehn Unions- und SPD-Anhängern teilen.



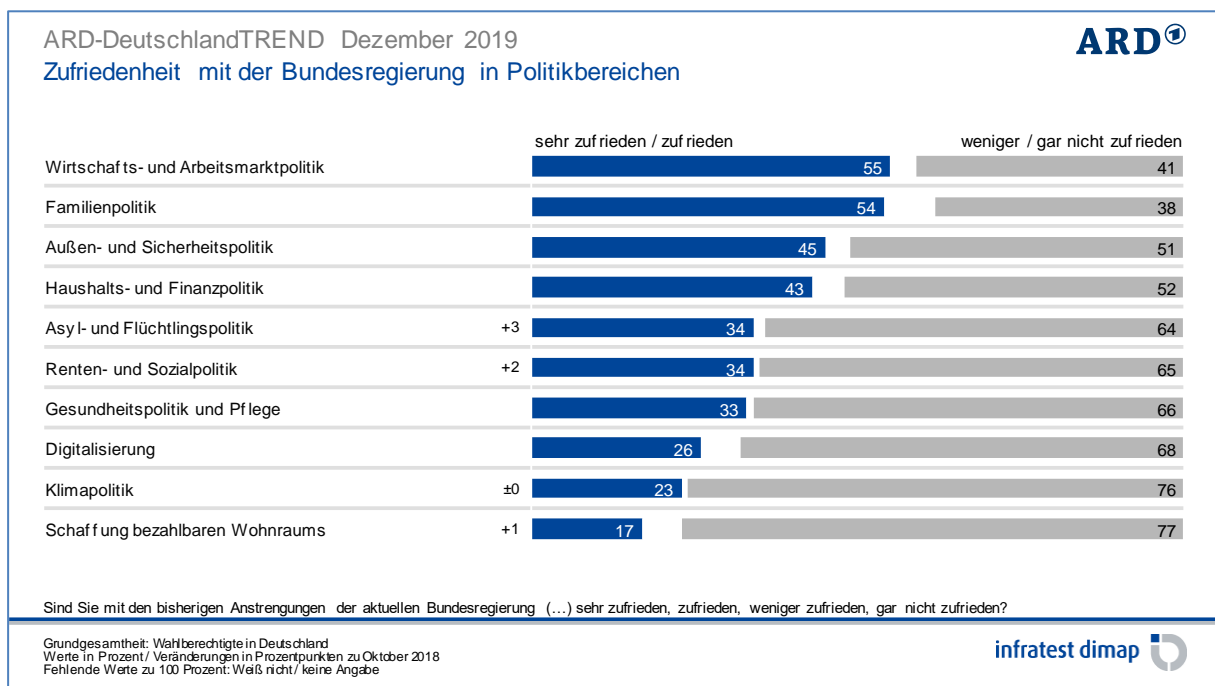
Unzufriedenheit mit schwarz-rotem Regierungshandeln

Der Vorwurf einer zu großen Selbstbezogenheit der Koalitionspartner ist gepaart mit einer unverändert kritischen Sicht auf die Berliner Regierungsarbeit. Ähnlich wie im Vormonat äußert sich lediglich ein knappes Drittel der Bundesbürger (31 Prozent; -1) zufrieden, zwei Drittel sind unzufrieden (68 Prozent; +1). In den Koalitionsreihen überwiegt zwar bei den Unions-Anhängern das positive Urteil (59:41 Prozent), bei den SPD-Anhängern allerdings die Kritik (38:62 Prozent). In den Reihen der vier Oppositionsparteien dominiert ein negatives Urteil, am stärksten bei den Anhängern der AfD (4:93 Prozent).

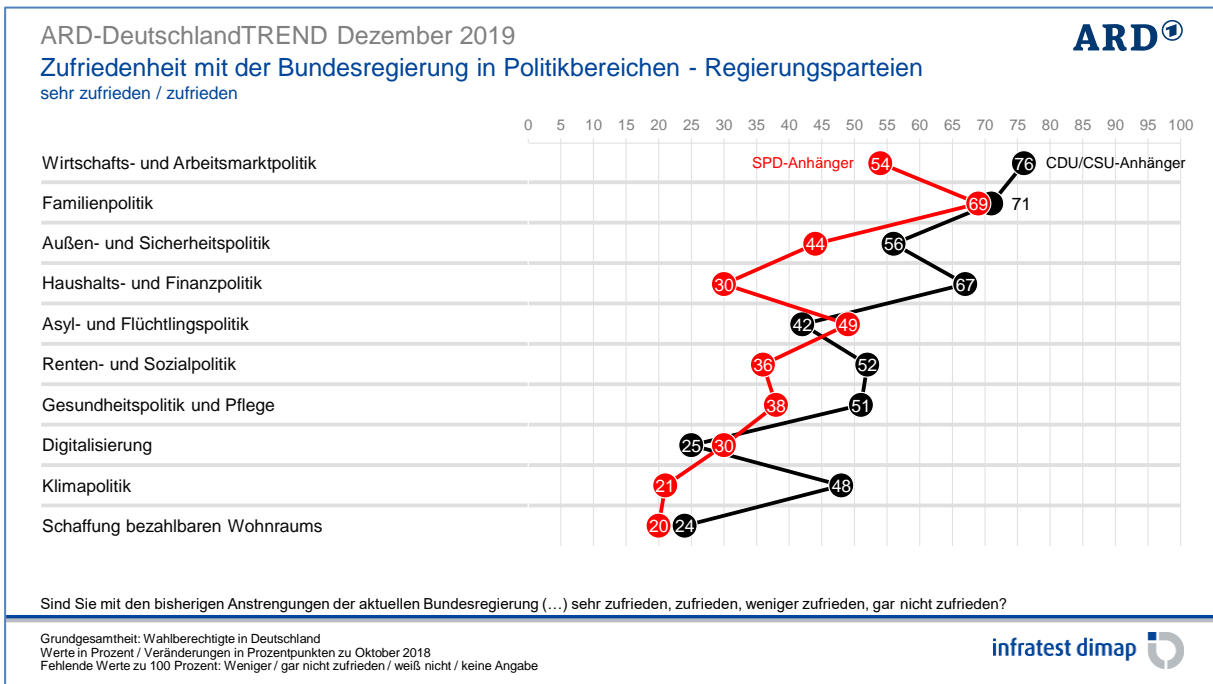


Schlechte Noten für Asyl- und Flüchtlingspolitik, Renten- und Sozialpolitik, Gesundheits- sowie Digitalpolitik, massive Zweifel an Klima- und Wohnungspolitik

Vergleichsweise wohlwollend bewerten die Deutschen nur die schwarz-roten Koalitionsleistungen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik (55 Prozent) sowie der Familienpolitik (54 Prozent), wo jeweils etwa die Hälfte zu einem positiven Urteil gelangt. In der Außen- und Sicherheitspolitik (45:51 Prozent) sowie der Haushalts- und Finanzpolitik (43:52 Prozent) überwiegt ihre Kritik leicht. Schlechte Noten erhält die Koalition nach wie vor für ihre Asyl- und Flüchtlingspolitik (34:64 Prozent) sowie für ihre Renten- und Sozialpolitik (34:65 Prozent). Hier äußern sich jeweils etwa zwei Drittel negativ zur Berliner Regierungsarbeit, ebenso in den Bereichen Gesundheit und Pflege (33:66 Prozent) sowie Digitalisierung (26:68 Prozent). Noch größere Kritik zieht Schwarz-Rot mit seiner Klima- (23:76 Prozent) und Wohnungspolitik (17:77 Prozent) auf sich, mit der drei Viertel der Deutschen unzufrieden sind.

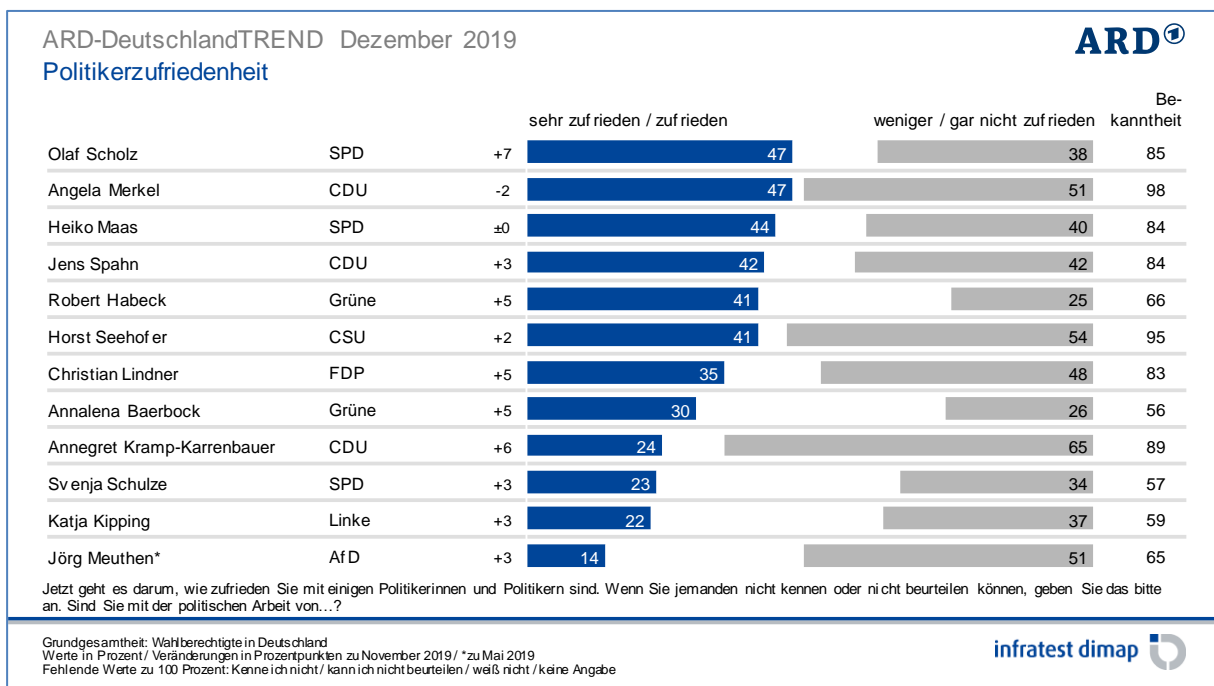


Die Sicht auf die schwarz-rote Koalitionsarbeit trennt die Anhänger der Regierungsparteien teilweise deutlich: In der von der SPD verantworteten Haushalts- und Finanzpolitik fallen die Urteile von Unions- und SPD-Anhängern sichtbar auseinander, ebenso in der Wirtschafts- und Arbeitsmarkt- sowie der Klimapolitik, wobei die Unions-Anhänger durchweg zu wesentlich besseren Bewertungen gelangen als die SPD-Anhänger. Ein erkennbares Bewertungsgefälle zwischen Unions- und SPD-Anhängern betrifft aber ebenso die Anstrengungen der Bundesregierung in der Renten- und Sozialpolitik sowie in der Gesundheitspolitik bzw. Pflege. Enger beieinander sind die Anhänger der Koalitionsparteien in ihrem Regierungsurteil allein in der Familienpolitik, bei der Digitalisierung und der Wohnungspolitik.



Politikerzufriedenheit: kein Bundespolitiker überzeugt eine Mehrheit

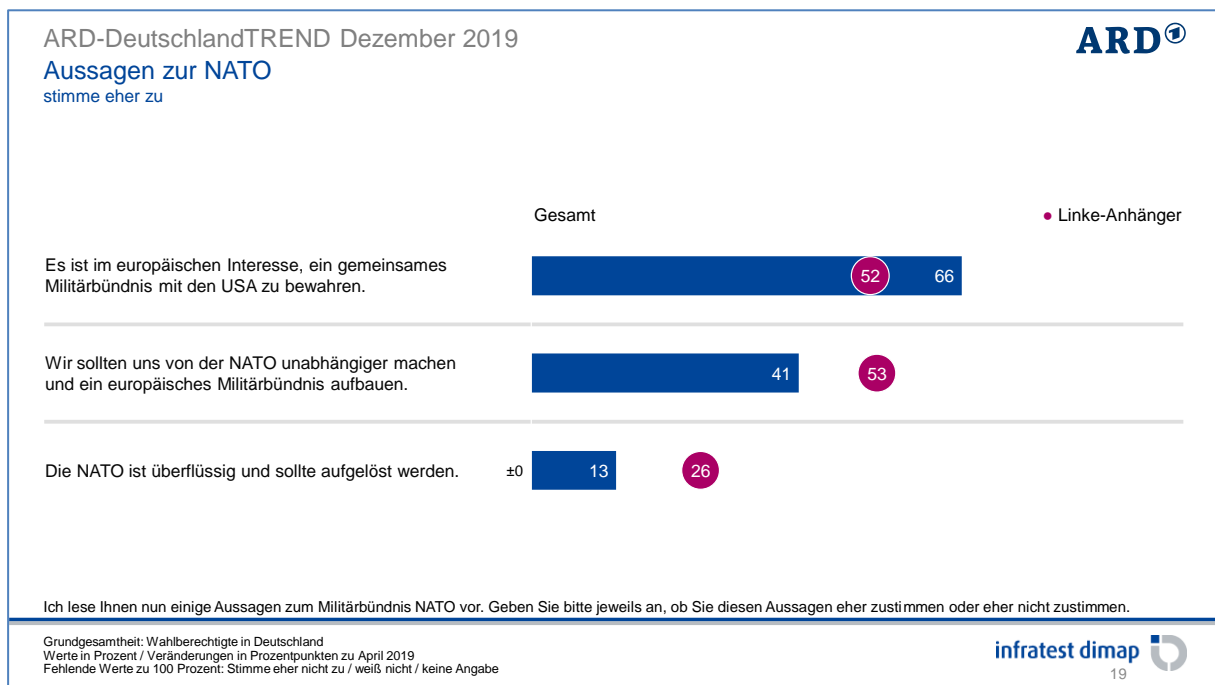
Das angeschlagene Erscheinungsbild von Schwarz-Rot geht mit einer mäßigen Bewertung der Koalitionsspitzen einher. Wie schon im November und zu Jahresbeginn erreicht momentan kein Kabinettsmitglied Zustimmungswerte von mindestens 50 Prozent. Kanzlerin Angela Merkel gibt zum Vormonat 2 Punkte ab und wird von 47 Prozent positiv bewertet, ihr schlechtester Wert seit Oktober letzten Jahres (44 Prozent). Vizekanzler Olaf Scholz erreicht zwar einen Bestwert im ARD-DeutschlandTREND. Allerdings überzeugt er mit 47 Prozent (+7) momentan ebenfalls nur weniger als die Hälfte der Bundesbürger. Bei den SPD-Anhängern (49 Prozent) büßt er als Folge der Auseinandersetzung um die Parteispitze sogar deutlich an Unterstützung ein und wird von ihnen schlechter bewertet als in den Unions-Reihen (69 Prozent).



Knapp hinter den beiden Koalitionsspitzen liegen SPD-Außenminister Heiko Maas (44 Prozent; +/-0) und CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn (42 Prozent; +3). Im vorderen Mittelfeld positionieren sich der Grünen-Vorsitzender Robert Habeck (41 Prozent; +5) und der CSU-Innenminister Horst Seehofer (41 Prozent; +2). Habeck erreicht einen neuen Bestwert, Seehofer liegt im Bürgerurteil so gut wie seit Juni 2018 (43 Prozent) nicht mehr. Im hinteren Mittelfeld rangieren FDP-Fraktionsvorsitzender Christian Lindner (35 Prozent; +5) und Grünen-Chefin Annalena Baerbock (30 Prozent; +5). Die CDU-Vorsitzende Kramp-Karrenbauer macht im Nachgang des CDU-Bundesparteitages Boden gut (+6): Wie zuletzt im August äußern sich zum Jahresende 24 Prozent zufrieden zu ihrer Arbeit. SPD-Umweltministerin Svenja Schulze (23 Prozent; +3) und Linken-Chefin Katja Kipping (22 Prozent; +3) werden von etwa jedem Vierten positiv bewertet. Schlusslicht im aktuellen ARD-DeutschlandTREND bildet der gerade wiedergewählte AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen (14 Prozent; +3 im Vgl. zu Mai 2019).

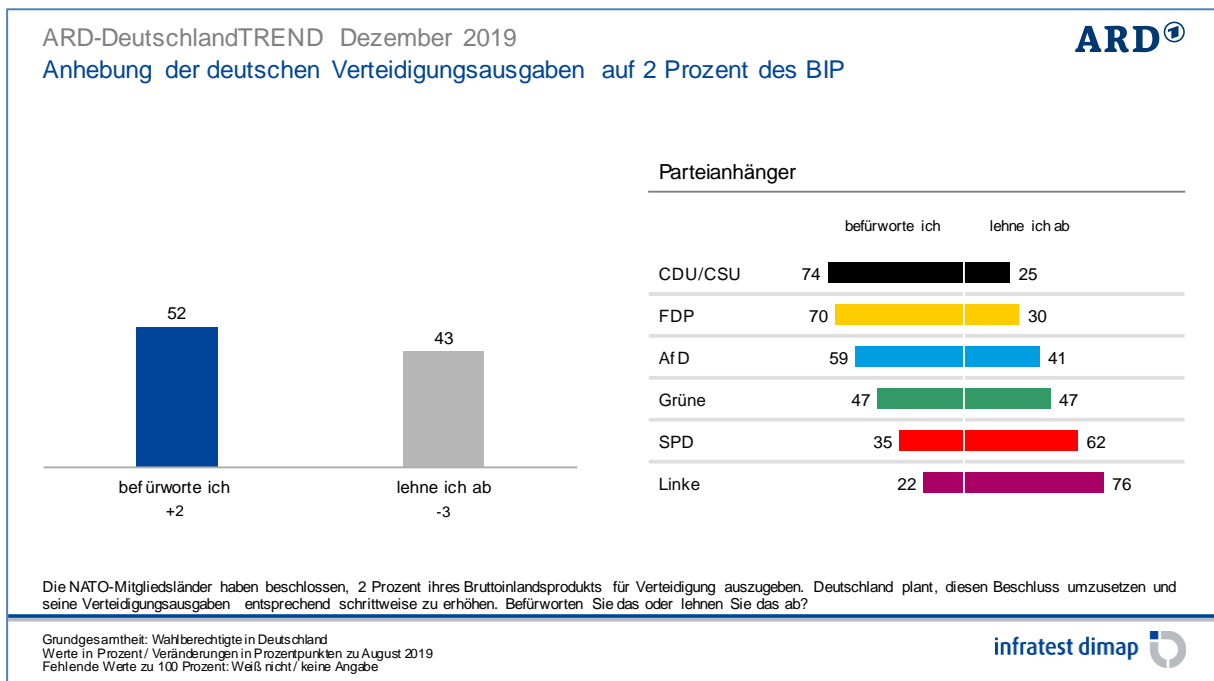
70 Jahre NATO: keine Zweifel an Existenzberechtigung

70 Jahre nach der Gründung haben die Bundesbürger keine Zweifel an der Existenzberechtigung der NATO. Nur 13 Prozent der Deutschen halten das westliche Militärbündnis für überflüssig, 85 Prozent äußern sich gegenteilig. Selbst in der Anhängerschaft der Linkspartei hält lediglich ein Viertel die NATO für entbehrlich (26 Prozent). Auch die militärische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten wird von der Mehrheit der Bundesbürger nicht in Frage gestellt: Zwei von drei Deutschen (66 Prozent) vertreten die Ansicht, dass ein gemeinsames Militärbündnis mit den USA grundsätzlich im europäischen Interesse ist. Weniger Einigkeit besteht in der Diskussion um eigenständige europäische Verteidigungsstrukturen: Vier von zehn Bundesbürgern (41 Prozent) machen sich dafür stark, ein von der NATO unabhängiges europäisches Militärbündnis aufzubauen. Gut die Hälfte der Deutschen (53 Prozent) aber spricht sich dagegen aus.



Zwei-Prozent-Ziel der NATO bleibt umstritten

Weiterhin umstritten bleibt die Umsetzung des so genannten Zwei-Prozent-Ziels, auf das sich die NATO-Mitgliedsstaaten 2014 unter dem Eindruck der Krimkrise geeinigt hatten. Die schrittweise Anhebung der deutschen Verteidigungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts unterstützen 52 Prozent der Bundesbürger, 43 Prozent lehnen es ab. Während sich die Anhänger von FDP (70:30 Prozent) und CDU/CSU (74:25 Prozent) am deutlichsten für größere Verteidigungsanstrengungen aussprechen, überwiegt in den Reihen der SPD (35:62 Prozent), vor allem aber der Linken (22:76 Prozent) die Ablehnung deutlich.



ARD-DeutschlandTREND Dezember 2019

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 60:40)	
WDR-Autorin	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteur	Florian Riesewieck	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.007 Befragte Sonntagsfrage: 1.507 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	02. bis 03. Dezember 2019 Sonntagsfrage: 02. bis 04. Dezember 2019	
Schwankungsbreite	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3